

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsamt: Tagesblatt Riesa,
Gommlitz Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postsekonto: Dresden 1538
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 185.

Dienstag, 11. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundstift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 33. Verantwortlich für Redaktion: L. v. K. Zeisler, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die kürmische Sitzung im Reichstag.

Berlin. Im deutschen Reichstag hat man schon viel erlebt, aber das, was sich gestern ereignet hat, dürfte in der parlamentarischen Geschichte ganz ohne Beispiel dastehen. Die kommunistische Opposition ging mit einer derartigen Schärfe gegen die Verhandlungsführung des Parlamentes vor, daß dem Präsidenten nichts anderes übrig blieb, als mehrmals die Polizei herbeizurufen, um widerspenstige kommunistische Abgeordnete aus dem Saale entfernen zu lassen. Schon der Beginn der Sitzung hand unter einem sehr ungünstigen Stern. Nachdem die Opposition ihre Protestreden gegen das Vorgehen der Regierungsmehrheit wiederholt hatte, wurde die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt, denn die Anfechtung der Sitzung wurde durch einige Abgeordnete der Regierungsparteien am frühen Montag vormittag die Stunde des Reichstagsbeginns verpasst hatten und noch nicht im Saale erschienen waren. Kaum war der Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit ergangen, als auch schon die Kommunisten und die Sozialdemokraten nachdrücklich den Saal verließen, um die Beschlußfähigkeit herbeizuführen. Inzwischen legten die Regierungsparteien alles daran, die fehlenden Mitglieder auf dem schnellsten Wege herbeizuschaffen. Während der Vizepräsident Graef die Ausschreibung der noch im Saal Verbliebenen vornahm, benutzten die Regierungsparteien die Gelegenheit, die noch fehlenden Abgeordneten telefonisch herbeizurufen. Diejenigen, die man in der Kürze der Zeit erreichen konnte, kürzten mit der Karte in der Hand in den Saal und dokumentierten so ihre Anwesenheit. Sehr komisch wirkte es, als eine der Zentralfraktionen angehörige Dame in größter Eile mit dem Hut auf dem Kopfe und der Reisedecke über dem Arm, in den Saal herbeikürte und beim Präsidenten ihre Karte abgab. Man wurde unwillkürlich an die längst vergangene Militärszeit erinnert, wo beim Alarmieren alles in größter Eile herbeizurufen wurde. Das Unheil war jedoch nicht mehr abwendbar, denn noch fehlten neun Abgeordnete, um das Haus beschlußfähig zu machen. Während Vizepräsident Graef das Abstimmungsresultat verkündete, erbot sich von den kommunistischen Bänken der Ruf: „Sie alter Schieber da oben“, was mit einem Ordnungsruf quittiert wurde.

Kaum war eine neue Sitzung anberaumt worden, die einen sehr kürmischen Verlauf nahm. Als der Vizepräsident einen Redner der Sozialdemokratie zur Sache rief, entsetzt auf der linken Seite ein ungeheurer Lärm. Ein Kommunist wird von der Sitzung ausgeschlossen und, weil er den Anordnungen nicht Folge leistet, schließlich auf acht Tage disqualifiziert. Die Sitzung wird dann auf 20 Sitzungstage erhöht, was von kommunistischer Seite mit weiteren kürmischen Entrüstungskrufen aufgenommen wird. Trotz mehrfacher Aufforderung leistet der ausgeschlossene Kommunist Widerstand und verbleibt im Saale. Nunmehr wurden die Tribünen geräumt, und es erschienen in wenigen Minuten sieben Kriminalbeamte, die den Kommunisten aus dem Saale entfernen wollten. Die Beamten werden zunächst von den Kommunisten aufgefordert, ihre Legitimationsmarken zu zeigen. Ohne jede Antwort kürzen sich die Polizisten auf den gemächlichsten kommunistischen Abgeordneten, packen ihn am Hals und Genick und zerren ihn mit Gewalt, unter einem fürchterlichen Höllenlärm der gesamten linken Seite aus dem Saale. Die Sitzung mußte unter solchen Umständen geschlossen werden. Nach einer halben Stunde beginnt bereits die neue Sitzung. Als der Vizepräsident die Verhandlungen eröffnen will, wird er bereits von den linksradikalen mit dem Ruf: „Da kommt der Hausknecht“ empfangen. Der Kommunist Stöcker behauptet, das Vorgehen der Polizeibeamten sei geradezu tierisch brutal gewesen. Es könne nicht daran gezweifelt werden, daß sie entsprechende Instruktionen erhalten hätten. Bei diesen Auseinandersetzungen kommt es zu einem neuen Konflikt. Vizepräsident Graef schließt weitere fünf kommunistische Abgeordnete von der Sitzung aus und droht damit, die ganze kommunistische Fraktion aus dem Saale herauszuwerfen zu lassen. Dies rief detektiv kürmische Kundgebungen der Kommunisten hervor, daß die Sitzung abermals unterbrochen werden muß, um die Polizei anmarschieren zu lassen. Während die ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten sich abermals weigern, den Saal zu verlassen, erscheinen 15 hünenhaft gebaute Kriminalbeamte im Saal und stürzen sich unter andauerndem Tumult auf die ihnen bezeichneten ausgeschlossenen Abgeordneten, die dann ebenfalls unter energischer Gewaltanwendung aus dem Saale geschleppt wurden, während die noch anwesenden kommunistischen Abgeordneten wuschauend den Abgeordneten der Rechtsparteien die Worte „Hinterlist“ und „Bluthund“ entgegenrufen.

Kurz vor 3 Uhr wird dann die vierte Sitzung eröffnet. Der Vizepräsident Graef gerät dabei in einen neuen Wortwechsel mit den Kommunisten. Der kommunistische Redner kann jedoch seine Ausführungen beenden, ohne daß es zu neuen Spitzreden gekommen wäre, denn nunmehr übernimmt Reichstagspräsident Loebe den Vorsitz. Inzwischen war nicht daran zu denken, die durch die fürchterlichen Aufregungen der letzten Stunden gesehten Gemüter zu beruhigen, so daß sich die dauernden Zwischenfälle auch noch nach den Beratungen des Kettehenausschusses fortsetzten.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung aus gestriger Nr.)

Berlin, 10. August 1925.

Es folgt die

Beratung der Industriezölle.

Abg. Biele (Soz.) erklärt es für eine erschreckende Unübersichtlichkeit, daß Dr. Voigtland gesagt habe, man mache mit

der Zollvorlage einen Schritt ins Ungewisse. Die Zollvorlage bedeute einen Schritt zu Preiswucher und Teuerung auf allen Gebieten. Auch das Zentrum könne nicht bestreiten, daß die Vorlage der Landwirtschaft und der Industrie Sondervorteile auf Kosten der Gesamtheit gebe. Es sei eine Illusion, daß die Zehlbeträge unserer Handelsbilanz durch erhöhte Inlandserzeugung ausgeglichen werden könnten. Falsch sei es, zu glauben, daß man gegen erhebliche Nachteile bei hohen Zöllen bessere Kompensationen einmischen könne. Die Behauptung, der Zoll sei als Arbeiterlohn anzusehen, wirke geradezu als Hohn. Nur bei gutgehender Wirtschaft könne auch die Arbeiterlohn leben. Durch billigere Preise und höhere Löhne müsse die Kaufkraft der Verbraucher wieder hergestellt werden. Die Zollvorlage verteuere aber die Lebenshaltung. Auch die selbständigen Erzeugnisse in Handwerk und Handel würden nicht nur als Verbraucher und Verkäufer, sondern auch als Produzent geschädigt, da die Arbeitsmittel teurer würden. Ebenso ergebe es dem kleinen Bauer. Man müsse sich vom Zölleis absehen und zum Freihandel übergehen.

Abg. Weger-Berlin (Dem.) lehnt die Vorlage ab. Das Ziel, die Handelsbilanz zu verbessern und die Verpflichtungen aus dem Tamesabkommen erfüllen zu helfen, verwirkliche sie nicht. Im Gegenteil, die Kaufkraft der Bevölkerung werde auf das tiefste erschüttert. Handwerk und Landwirtschaft würden schwer geschädigt durch Verteuerung der Arbeitsmittel. Nicht Verhandlungszölle, sondern Schutzzölle wolle man; das zeige schon der belgische Handelsvertrag. Der Zoll sei nicht ein Mittelzeug, sondern ein Hindernis von Verhandlungen.

Frau Abg. Dr. Bäumer (Dem.) kritisiert die mangelhafte Begründung der Zollvorlage. Die Regierung habe die Belastungen nicht in Verhältnis gesetzt zu den Gesundheitsrechnungen der Arbeiter, Beamten und Angehörigen. Das diene nicht der Erhaltung der Lebenskraft unseres Volkes. Die Verteuerung der Bekleidungsgegenstände belaste besonders hart die Familie und die Arbeit der deutschen Frau. Der lächerliche Zolltarif sei zu beanstanden.

Abg. Kemmer (Dem.) erhebt Protest gegen die Verteuerung der Rohstoffe für die Eisenindustrie, unter der besonders die Ubrindustrie und die bergisch-märkische Kleinindustrie leiden.

Abg. Frau Weber-Berlin (Str.) hebt hervor, daß es sich nicht nur um die Verbraucherinteressen handle, sondern um die der ganzen Wirtschaft. Das Zentrum will dem Arbeiter Verdienst verschaffen und eine Zollpolitik, die dem Volke gerecht wird.

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) erklärt, an der Vorlage hätten nur ganz bestimmte Gruppen, die auf der ersten Stufe der Produktion stehen, Interesse.

Abg. Krähig (Soz.) glaubt, daß durch den hohen Zoll die Triebkraft der Industrie erlahmen werde. Die Behauptung, daß die Wechsellagerung mit den höheren Warenzöllen einverhandelt seien, sei unwahr.

Abg. Dismann (Soz.) bekämpft die Eisenzölle, die nach dem Diktat des deutsch-französischen Kartells der Schwerindustrie von der Regierung aufgenommen worden seien. Eine allgemeine Verteuerung der gesamten deutschen Produktion werde die unvermeidliche Folge sein. Das Handwerk werde ganz besonders zu leiden haben.

Abg. Krenzler (Komm.) führt Beschwerde über geringe Löhne bei der heimischen Industrie. Der Redner bekämpft dann die Automobilzölle.

Abg. Hartig (Dem.) erhebt Protest gegen die Verteuerung der Rohstoffe für das Handwerk. Schneider und Schuhmacher, Schlosser, Tischler u. a. würden empfindlich getroffen.

Damit schließt die Aussprache über die Industriezölle. Es folgt die letzte Gruppe der Bestimmungen. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die Eingangszölle zu ändern oder aufzuheben. Ferner wird festgesetzt, daß Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zugelassen werden soll. Schließlich sollen aus den Reineinnahmen der Agrar- und Viehzüchter Wohlfahrtsrenten gewährt werden.

Frau Abg. Senner (Soz.) wirft der Mehrheit vor, sie habe bei den Steuern 80 Prozent auf die breiten Massen abgewälzt und verfolge beim Zoll nun denselben Weg.

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Dr. Voigtland in der Frage des Ermächtigungsparagrafen an.

Abg. Hörsale (Komm.) lehnt insbesondere die beabsichtigte Erhöhung des Gefrierfleischkontingents ab.

Abg. Hädel (Komm.) bezeichnet schon die Formulierung des „Wohlfahrtsparagrafen“ als bewußtes Täuschungsmittel.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Präsident Loebe macht unter lebhaften Entrüstungskundgebungen der Linken Mitteilung von zwei Anträgen der Regierungsparteien. Der erste verlangt den Übergang zur Tagesordnung über sämtliche Änderungsanträge zu den §§ 1-7, der zweite Antrag will die gesamte Zolltarifvorlage in einer Abstimmung annehmen lassen.

Der Präsident erklärt dazu unter Verlesung der entsprechenden Bestimmungen der Geschäftsordnung, er habe immer die Geschäftsordnungsbestimmungen so ausgelegt, daß unmöglich ein ganzer Gesetzesentwurf in einer einzigen Abstimmung entschieden werden kann. Diese Auslegung habe auch der Abgeordnete Beklinger der Geschäftsordnung im Kettehenausschuss gegeben, ohne bei irgend einer Partei Widerspruch zu finden. (Hört! hört! Links.) Ein Streit über die Auslegung werde aber heute durch eine juristische Rechtslehre wahrscheinlich nicht entschieden werden und es werde wohl zum Mehrheitsbeschluß kommen.

Von den Kommunisten wird in lauten Rufen darauf hingewiesen, daß sich auf der Abgeordnetentribüne der Rei-

minalspolitik befindet, der den kommunistischen Abgeordneten Schütz aus dem Saale geführt habe. Die Kommunisten rufen: Was will der Lump da? Der Polizist verläßt eilig die Tribüne. Präsident Loebe vertritt sich erregt das eigenmächtige Vorgehen der Kommunisten.

Abg. Leicht legt die vom Präsidenten diktierten Geschäftsordnungsbestimmungen dahin aus, daß nach dem Antrage der Regierungsparteien verfahren werden könne. In ähnlicher Weise sei auch beim Zolltarifgesetz von 1902 verfahren worden. Praktisch sei dieses Verfahren auch geboten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) bezeichnet die Anträge der Regierungsparteien für unvereinbar mit der Geschäftsordnung und erklärt, daß sich die Demokraten nicht an der Abstimmung beteiligen werden.

Abg. Biele (Soz.) führt aus, daß sich die Sozialdemokraten an der Vollendung des Gesetzeswerkes nicht beteiligen, sondern die Regierungsparteien vor aller Welt die Verantwortung allein tragen lassen werden.

Nach dieser Erklärung verlassen sämtliche sozialdemokratische Abgeordnete den Saal.

Abg. Roenen (Komm.) bezeichnet das Vorgehen der Regierungsparteien als brutale Vergewaltigung.

Auch die Kommunisten verlassen hierauf den Saal. Nach weiterer Debatte werden die Anträge der Regierungsparteien gegen die Stimmen mehrerer Zentrumsgesandten angenommen. Daraus werden die §§ 1-7 insgesamt und dann der Rest des Gesetzes in zweiter Lesung angenommen. Ueber sämtliche vorliegende Änderungsanträge wird zur Tagesordnung übergegangen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Mittwoch vormittag 10 Uhr mit der Tagesordnung: Dritte Lesung der Zollvorlage, Handelsverträge, Amnestiegesetz.

Schluß 11 Uhr.

Die das Büro des BDr. aus parlamentarischen Kreisen erklärt, dürfte das Amnestiegesetz jedoch nicht mehr vom Reichstag erledigt werden. Der Reichstag werde zum Mittwoch in Berlin gehen.

Auswärtiger Ausschuss noch vor den Reichstagsferien?
Der Abg. Stöcker hat im Auftrage der Kommunistischen Fraktion die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt, damit die Regierung und der Auswärtige Ausschuss vor dem Auseinandergehen des Reichstags noch einmal zur Frage des Sicherheitspaktes Stellung nehmen können.

Eine Sonderbeihilfe für die Reichstagsbeamten.
Im Reichstag sind Anträge der Kommunisten und Sozialisten eingegangen, die für die Reichstagsbeamten eine Gratifikation als Entgelt für den überaus anstrengenden Arbeitstag während der letzten Zeit der Dauerhaltungen des Reichstages leisten müßten. Hierzu ermahnen wir, daß diese Anträge insofern zu sehr kommen, als Reichstagspräsident Loebe bereits vor einigen Tagen dem Reichsfinanzministerium um die Gewährung von 12 000 Mark für den erwähnten Zweck nachgesucht und diesen Betrag auch bewilligt erhalten hat.

Der Kettehenausschuss billigt das Vorgehen des Vizepräsidenten Graef.
In einer mehr als zweistündigen Sitzung beschäftigte sich der Kettehenausschuss des Reichstages mit den Zwischenfällen in der Montagssitzung, die zur Ausschließung mehrerer kommunistischer Abgeordneter auf 20 Sitzungstage geführt haben. Der Kettehenausschuss billigte in seiner Mehrheit das Vorgehen des Vizepräsidenten Graef. Es sei dem Vizepräsidenten bei einem Abgeordneten allerdings ein Irrtum unterlaufen, der aber in Anbetracht des tobenenden Lärmes der Kommunisten als erklärlich bezeichnet wurde.

Berhandlung mit der Opposition?
Im Reichstag haben am Montag andauernd Besprechungen zwischen den Führern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokratie stattgefunden, um eine Verständigung über die Durchführung der Zollberatungen zu ermöglichen. Das Zentrum, dessen Vermittlung von den anderen Regierungsparteien angenommen wurde, hat einen Kompromissvorschlag gemacht, dessen Auswärtigkeit nur noch von der Sozialdemokratie abhängt. Man nimmt daher in den parlamentarischen Kreisen an, daß bis Mittwoch eine Einigung erzielt sein wird und die Zollvorlage dann freitags bis Donnerstagabend oder Freitag mittag verabschiedet sein wird.

100 000 Bauarbeiter streiken.
Im Reichsarbeitsministerium fanden am Montag unter Anwesenheit des Reichsarbeitsministers zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bauhandwerkes Verhandlungen statt, die eine Einigung herbeiführen sollten. Der Minister will versuchen, eine Verständigung für Vergleichsverhandlungen zu schaffen, die zur Einigung des seit mehreren Wochen andauernden Streikes der deutschen Bauarbeiter führen sollen. Die Zahl der am Streik beteiligten ist jetzt auf über 100 000 gestiegen. Wenn die bis jetzt noch nicht erfolgte Einigung nicht in den nächsten Tagen erzielt wird, wollen die Arbeitgeber am kommenden Freitag die Generalanderrung aller Bauarbeiter Deutschlands durchführen, womit etwa 600 000 Arbeiter betroffen würden.